

FOKUS CHILE

Konrad-Adenauer-Stiftung Chile

Februar 2015

AUSGABE 2

Gesetzesvorhaben zur Legalisierung von Abtreibungen in Chile

Mit Beginn des Jahres 2015 kam neue Bewegung in der kontroversen Diskussion um die Legalisierung von Abtreibungen in Chile. Nach ihrer Wiederwahl im März 2014 hatte die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet ihre Absicht kundgetan, die Debatte zum Thema wieder aufzunehmen. Ende Januar wurde der Gesetzesentwurf letztlich unterzeichnet, wodurch eine legale, kostenlose und sichere Schwangerschaftsunterbrechung im Falle der Gefährdung des Lebens der werdenden Mutter, nach einer Vergewaltigung oder bei Überlebensunfähigkeit des Fötus ermöglicht werden soll.

Bis dato zählte das katholisch geprägte Chile neben Haiti, Honduras und El Salvador zu einem der Länder Lateinamerikas, welches sogenannte therapeutische Schwangerschaftsunterbrechungen vollständig verbietet. Ein Abbruch ist auch dann untersagt, wenn das Leben der werdenden Mutter gefährdet ist.

Bis 1989 war der Schwangerschaftsabbruch im Falle der Lebensgefährdung der Schwangeren oder der Überlebensunfähigkeit des Fötus in Chile erlaubt. Gegen Ende der Militärdiktatur wurde das Abtreibungsverbot schließlich unter dem Rechtsbegriff „Verbrechen gegen die familiäre Ordnung und öffentliche Moral“ verankert und stellt bis heute eine der restriktivsten Regelungen weltweit dar.

Trotz des Abtreibungsverbots ist die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen in chilenischen Krankenhäusern dennoch durchaus üblich. Laut einer Studie des amerikanischen Instituts Guttmacher kommt es in Chile jährlich zu etwa 150.000 Schwangerschaftsabbrüchen, welche zumeist im Geheimen und unsachgemäß durchgeführt werden. Für viele Frauen endet dieser Eingriff gar tödlich.

Die Abtreibungsdebatte erfuhr noch stärkere Aufmerksamkeit, als die amtierende Gesundheitsministerin, Helia Molina, im Dezember 2014 ihren Rücktritt verkündete. Grund hierfür war ein von Molina geführtes Interview mit der Zeitung „La Segunda“, in dem sie offen darüber sprach, dass Schwangerschaftsabbrüche insbesondere

in „noblen Privatkliniken“ (“clínicas cuicas”) gängige Praxis seien und man sich über eine Gesetzesänderung ernsthaft Gedanken machen sollte.

Diese Meinung teilt auch die Mehrheit der chilenischen Bevölkerung. Laut einer Umfrage des Nationalen Instituts für Jugend (Injuv) äußerten sich 60% der Jugendlichen positiv zu einer Straffreiheit der Abtreibung.

Starken Gegenwind erhält der Reformvorschlag jedoch von rechtsorientierten Parteien wie der Unión Demócrata Independiente (UDI). Mit Unterstützung insbesondere der katholischen Kirche versuchen diese Kräfte den Interessen ihrer konservativen Wählerschaft gerecht zu werden und stehen dem Gesetzesvorhaben des Mitte-links-Regierungsbündnisses um Präsidentin Bachelet ablehnend gegenüber. So betonte unter anderem der Dekan der Pontificia Universidad Católica de Chile (PUC), Ignacio Sánchez, dass unabhängig von der gesetzlichen Lage keine Abtreibungen in Krankenhäusern seiner Institution durchgeführt werden.

Wie kontrovers die Debatte um legalisierte Schwangerschaftsabbrüche geführt wird, macht sich auch innerhalb des Regierungsbündnis Nueva Mayoría bemerkbar, wo die Meinungen zu dem aktuellen Gesetzesvorhaben doch stark auseinander gehen. Besonders in der christdemokratischen Partei regt sich zum Teil massiver Widerstand gegen den vorliegenden Entwurf, wobei das Meinungsspektrum von völliger Ablehnung und Beibehaltung des Status Quo über die Ablehnung einzelner Indikatoren (insbesondere Abbruch bei Vergewaltigung) bis hin zur Zustimmung reicht. Anfang März wird der Kongress das Vorhaben erstmals beraten, so dass noch in diesem Jahr mit einem Ergebnis zu rechnen ist.

Feststellung der Todesursache Pablo Nerudas

Voraussichtlich am 8. April werden die sterblichen Überreste des chilenischen Nobelpreisträgers Pablo Neruda (1904-1973) wieder in seinen letzten Wohnort Isla Negra in der Provinz San Antonio überführt und beigesetzt. Die chilenische Justiz hatte im April 2013 die Exhumierung der Leiche zur Überprüfung der Todesursache Nerudas angeordnet. Der Schriftsteller, Politiker und Diplomat war am 23. September 1973 im Alter von 69 Jahren gestorben. Zwölf Tage zuvor hatte General Augusto Pinochet durch einen Militärputsch den sozialistischen Präsidenten Salvador Allende gestürzt. Aufgrund seiner politischen Einstellung und der engen Freundschaft Pablo Nerudas zu Allende wurde lange Zeit gemutmaßt, der Dichter sei von Akteuren aus den Reihen Pinochets vergiftet worden. Forensische Untersuchungen an dem exhumierten Leichnam konnten diesen Verdacht jedoch nicht erhärten.

Landesweite Trockenheit und Brände in Chile

Der diesjährige Sommer 2014/2015 zählt zu den trockensten seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahre 1950 in Chile. Viele Teile des Landes, insbesondere die südlichen Regionen Bío Bío, el Maule und Araucanía werden von starken Waldbränden heimgesucht, was insbesondere auf die anhaltende Trockenheit und Hitze der letzten Monate zurückzuführen ist.

Nach Mitteilung des Nationalen Forstdienstes (Corporación Forestal Nacional) sind aufgrund der bereits 4284 notierten Brände rund 50.500 Hektar Wald- und Weidefläche in Chile vernichtet worden, was ca. 80% der Fläche der Hauptstadt Santiago de Chile entspricht. Nach Informationen der Nationalen Notfallzentrale (Oficina Nacional de Emergencia) sind momentan noch elf unkontrollierte Brandherde in den südlichen Landesteilen aktiv. Ab März solle sich die Lage in den Regionen etwas beruhigen, da dann der chilenische Herbst, eine traditionsgemäß sehr regenreiche Jahreszeit, beginnt.

